

## **Milchviehhalter-Appell** **an Ministerpräsident Horst Seehofer als CSU-Parteivorsitzenden**

### **Marktverantwortung statt Pulver-Irrsinn: Marktkriseninstrumente jetzt installieren!**

Die aktuell hohen Butterpreise verleiten zur Annahme, dass doch jetzt alles gut sein müsste für die Milcherzeuger. Wir stellen deutlich klar: Wir sind nicht hier in München, um gegen niedrige Milchpreise zu protestieren!

#### **Wir haben vielmehr ein strukturelles, aber dennoch nicht weniger dringendes Anliegen:**

Ein Krisenverlauf wie in der vergangenen Milchmarktkrise darf sich auf keinen Fall wiederholen! Milchübermengen in der Krise rechtzeitig eindämmen statt nur einzulagern! Ministerpräsident Seehofer teilt diese Auffassung ebenso wie Agrarminister Brunner – das muss nun in den Koalitionsverhandlungen aber auch auf Bundesebene Einzug halten!

Riesige, in der Intervention aufgehäufte Milchpulverberge in Höhe von über 360.000 Tonnen, eine deutliche Zunahme der Betriebsaufgaben sowie eine hohe Verschuldung und Schwächung vieler verbliebener Betriebe sind ein deutliches Zeichen des Miss-Managements der Krise. Zu lange und zu umfangreich hat man ausschließlich auf das Kriseninstrument der Intervention gesetzt. Große Teile der erlittenen Verluste für die Milchviehbetriebe und den ländlichen Raum hätten verhindert werden können, wenn man schon das 1. EU-Hilfspaket mit einer zeitlich befristeten Mengendisziplin verknüpft hätte. Gescheitert ist dies nicht zuletzt am Widerstand der Vertreter der Bundesregierung und des BMEL im EU-Agrarrat. Viel zu spät kam dann doch noch der Beschluss der EU und der Bundesregierung, die Maßnahmen des 2. EU-Hilfspakets an eine zeitlich befristete Mengendisziplin zu binden. Über dieses Programm ist flächendeckend über alle Regionen und Betriebsformen hinweg mehr Liquidität auf die Betriebe gekommen, als dies bei allen anderen staatlichen Hilfen der Fall war. Es hat den einsetzenden Rückgang der Milchanlieferungen unterstützt und verlängert und so einen wichtigen Beitrag zur deutlichen Preiserholung geleistet, die Liquidität auf alle Betriebe in ganz Deutschland gebracht hat.

Jetzt gilt es dafür Sorge zu tragen, dass sich ein derartiger Krisenverlauf in dieser Form nicht wiederholen wird. Dafür muss das EU-Sicherheitsnetz dauerhaft ausgebaut werden - hin zu einem effizienten Krisenmanagement-Instrumentarium. Es muss künftig möglich sein, im Fall einer Marktkrise Milchüberschüssen auf EU-Ebene rechtzeitig einzudämmen statt sie nur einzulagern.

Die Milchbauern des BDM sind nach München gekommen, um Ministerpräsident Horst Seehofer als CSU-Parteivorsitzenden den Rücken zu stärken, dieses Anliegen in den anstehenden Koalitionsverhandlungen auch bei der Schwesterpartei CDU zum konkreten Thema zu machen. Auch von allen anderen Parteien fordern wir hierfür weitere Unterstützung ein.

Wir wenden uns insbesondere an Ministerpräsident Seehofer, da er zusammen mit Agrarminister Helmut Brunner bereits beim bayerischen Agrargipfel im letzten Jahr, die Notwendigkeit wirksamer Mengenmaßnahmen für den EU-Milchmarkt bekräftigt hat. Bayern hat einen wichtigen Impuls Richtung Bundesebene gesetzt, der dazu geführt hat, dass sich auch die Bundesregierung doch noch für die Verknüpfung des 2. EU-Hilfspakets mit Mengendisziplin einsetzte.

Auch bei der gerade erst zu Ende gegangenen Herbst-Agrarministerkonferenz in Lüneburg hat Bayerns Agrarminister Helmut Brunner Rückgrat bewiesen und sich erneut für eine dauerhafte Erweiterung des Sicherheitsnetzes um rechtzeitige, situationsangepasste Maßnahmen positioniert, mit denen es möglich ist, auf EU-Ebene zeitlich befristet die Milcherzeugungsmengen zu begrenzen, um den Milchmarkt zu stabilisieren.

Die Bundesregierung steht hingegen in diesem Punkt längst wieder auf der Bremse und will die Verantwortung alleine bei der Branche sehen, die schon in der letzten Krise keinerlei Einigkeit oder Handlungsfähigkeit gezeigt hat. Auch die CDU-Kollegen der Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Rheinland-Pfalz mit einem FDP-Minister unterstützen die Linie Bayerns nicht. Es droht nach den Milchkrisen 2009, 2012 und der über zwei Jahre dauernden Milchkrise 2015/16 eine weitere Hängepartie, in der viel diskutiert, aber kein entscheidender Schritt nach vorne gemacht wird in Richtung eines wirksamen Krisenmanagements für den Milchmarkt.

In den nächsten Wochen werden mit der Bildung der neuen Bundesregierung im Koalitionsvertrag entscheidende Weichenstellungen für die gemeinsame Zukunft gesetzt. Dabei geht es auch um die Frage, wie die Vitalität der ländlichen Räume nicht nur erhalten,

sondern vielmehr verbessert werden kann. Neben vielen weiteren Faktoren spielt dabei die Landwirtschaft, und insbesondere die Tierhaltung, eine sehr wichtige Rolle. Eine weitere Beschleunigung des Strukturwandels führt zum Verlust von Arbeitsplätzen auch im vor- und nachgelagerten Bereich, zum Verlust ehrenamtlichen Engagements in den Dörfern und vor allem zum Verlust an Vielfalt – in betrieblicher wie ökologischer Hinsicht. Das gilt es abzubremesen bzw. zu verhindern.

Bayern hat in der Milchmarktpolitik auf Landesebene vorgemacht, dass es unabhängig von politischen Farbenspielen möglich ist, agrarpolitische Positionen zu vertreten, die die Interessen der Bäuerinnen und Bauern stärker in den Fokus rücken. Politik für die Bauern und den ländlichen Raum statt vorrangig Industrieinteressen zu bedienen - das muss jetzt CSU-Linie auch auf Bundesebene sein.

Wir fordern Ministerpräsident Seehofer für die CSU, aber auch alle anderen an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Parteien auf, sich bei der Bildung der zukünftigen Bundesregierung für eine veränderte Positionierung der zukünftigen Deutschen Bundesregierung in Agrarmarktfragen einzusetzen.

Für den Milchmarkt sind insbesondere folgende Maßnahmen/Instrumente wichtig:

- In Krisenphasen müssen Milchüberschüssen organisiert und strukturiert eingedämmt werden können statt übermäßig einzulagern.
- Die Milchpulverberge müssen jetzt marktunschädlich abgebaut werden.
- Das BDM-Milchmarkt-Kriseninstrument ist als fester Bestandteil des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt zu installieren. Nötige juristische Voraussetzungen dafür sind jetzt zu schaffen.
- Im Marktkrisenfall muss eine Aktivierung der Mechanismen des Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzepts jederzeit und ohne langdauernde Diskussionen erfolgen können, um massive Wertschöpfungsverluste zu vermeiden und die Milchviehbetriebe nicht weiter substanziell zu schwächen.

Weitere strukturelle Veränderungen müssen auch in der Molkerei- bzw. Milcherzeugerbranche angestoßen werden: Zukünftig muss gewährleistet werden, dass vor Lieferung der Rohmilch an die Molkereibranche verbindlich vereinbarte und konkrete Vertrags- und Lieferkonditionen über Menge, Preis und Laufzeiten zwischen Milchviehhaltern und Milchabnehmern vereinbart werden müssen. Die neue Bundesregierung ist aufgefordert, sich auf EU-Ebene für eine Änderung des Artikels 148 GMO einzusetzen.

Die von der Bundesregierung bisher favorisierten Branchenlösungen sind alleine nicht in der Lage, Krisen zu verhindern. Sie sind – abhängig von ihrer Zusammensetzung, Zielsetzung und ihren Befugnissen - allenfalls in der Lage, Krisen ein wenig abzumildern. Zum einen sind die Interessen der beteiligten Marktakteure für ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen zu unterschiedlich (billige Rohstoffe vs. höherer Milchpreis). Zum anderen besteht ein eklatantes Marktmachtgefälle und eine starke Machtkonzentration innerhalb der Branche: Durchgesetzt werden daher die Interessen der stärksten Marktpartner. Die Milchviehhalter haben das Nachsehen.

Die Verständigung auf ein europaweit abgestimmtes Markthandeln - das bei globalen Marktkrisen nötig wird – kann von der so genannten Branche nicht realistisch erwartet werden, wenn dies schon auf Ebene der EU-Mitgliedsländer eine Herausforderung darstellt. Die Marktwirksamkeit von Branchenlösungen bleibt vor diesem Hintergrund sehr begrenzt.

Wichtig ist daher, dass sich die künftige Bundesregierung gleichermaßen auf EU-Ebene mit Nachdruck für die rechtliche und inhaltliche Ausgestaltung eines wirkungsvollen Sicherheitsnetzes als Teil einer Vorbereitung auf die nächsten Krisen einsetzt. Durch die Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengendisziplinauflagen, die jederzeit aktiviert werden können, entsteht auch ein gewisser Handlungsdruck auf die Branche. Entscheidend ist die Möglichkeit, in Krisenphasen auf Basis der Zahlen, Analysen und Prognosen der Milchmarktbeobachtungsstelle der EU-Kommission schnell und ohne weitere Diskussionen organisiert handeln zu können.

Das zweite EU-Hilfspaket mit Milchsonderbeihilfe- und Mengenreduktionsprogramm haben gezeigt, dass eine zeitlich befristete EU-Milchmengendisziplin

- global marktwirksam ist,
- mit einem nur geringen Bürokratieaufwand verbunden ist,
- auf politischer Ebene mehrheitsfähig ist,
- dass die Milchviehhalter mitmachen
- dass eine Mengenplanung für die Milchviehhalter möglich ist

Die Milchbäuerinnen und Milchbauern des BDM wissen um die Schwierigkeiten, das Milchthema überhaupt als eigenständigen Punkt in einem Koalitionsvertrag einzubringen. Viele weitere und gesellschaftlich ebenfalls sehr wichtige Aufgabenfelder scheinen von noch größerer Bedeutung zu sein. Die Ergebnisse der Bundestagswahl haben allerdings gezeigt,



wie wichtig es ist, die Stärkung des ländlichen Raums wieder sehr viel stärker in den Blick zu nehmen. Nur wirtschaftlich gesunde landwirtschaftliche Betriebe können eine Ankerfunktion für den ländlichen Raum bilden. Die Menschen wollen darauf vertrauen können, dass der Staat eine Grundordnung für den Markt schafft, die eine sozial gerechte Verteilung der Wertschöpfung gewährleistet. Dazu gehört auch, dass von politischer Seite dafür Sorge getragen wird, dass die Marktrisiken nicht einseitig auf die schwächsten Marktteilnehmer verteilt werden – so wie im Milchmarkt auf die Milchviehhalter.

Kein Parteigeplänkel, sondern eine sachorientierte, pragmatische Agrar- und Milchmarktpolitik für die Menschen im ländlichen Raum erwarten die Milchviehhalter von allen Parteien der künftigen Bundesregierung.

Sie können dafür im Koalitionsvertrag bereits ein deutliches Zeichen setzen!

Die Milchbäuerinnen und Milchbauern des BDM e.V.